

## Antrag

der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

### Relevanz eines Volksentscheides gegen die Kreisgebietsreform

Am 13.07.2016 beschloss der Landtag Brandenburg in namentlicher Abstimmung mehrheitlich den Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019 (*Drucksache 6/4528 B*) als Grundlage der geplanten Kreisgebietsreform. Mit dem Beschluss des Leitbildes begann die Landesregierung mit der Umsetzung einer Kreisneugliederung im Land Brandenburg. Gegen diese Kreisneugliederung formierte sich großflächiger Widerstand in der Bevölkerung unseres Landes. Die Volksinitiative „BÜRGERNÄHE ERHALTEN – KREISREFORM STOPPEN“, für eine Volksgesetzgebung, gründete sich und startete eine Volksinitiative gegen die geplante Kreisneugliederung. In nur vier Monaten drückten rund 130.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger Ihre Ablehnung gegen eine Kreisneugliederung aus und unterschrieben die Listen zur Volksinitiative. Am 14.02.2017 wurden diese Unterschriften der Landtagspräsidentin übergeben. Damit war diese Volksinitiative die bisher erfolgreichste in der Geschichte des Landes Brandenburg.

Am 15.05.2017 befasste sich der Hauptausschuss des Landtages Brandenburg abschließend mit dem Ergebnis der Volksinitiative und gab dem Landtag die Beschlussempfehlung, die Volksinitiative abzulehnen. In der Sitzung am 18.05.2017 lehnte der Landtag Brandenburg mit den Stimmen von SPD und Linkspartei die Volksinitiative ab. Damit ist der Weg frei für ein Volksbegehren, das am 29.08.2017 gestartet werden wird.

Kürzlich war u.a. in der „Lausitzer Rundschau“ vom 13.06.2017 unter <http://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg>, Widerstand-gegen-Kreisgebietsreform-bleibt-stark;art310462,6036134 ) zu entnehmen, „... der SPD-Fraktionschef Mike Bischoff zitierte aus einem Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtags, wonach selbst ein erfolgreicher Volksentscheid am Ende keine bindende Wirkung auf das Parlament haben werde. [...]“ In ähnlicher Weise äußerte sich auch Innenminister Karl-Heinz Schröter.

Die SPD sendet damit das klare Signal, dass ihr der Wille des Volkes egal ist. Auch in Berlin ist der Umgang der rot-rot-grünen Landesregierung mit dem Volkswillen höchst zweifelhaft. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Torsten Schneider sagte in einer gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Wirtschafts- und des Verkehrsausschusses am 14.06.2017 zum anstehenden Volksentscheid über die Offenhaltung von Tegel: „Unsere Aufgabe ist es nicht, einer sich abzeichnenden allgemeinen Mehrheitsmeinung zu folgen.“

### Der Landtag möge beschließen:

Mit einem erfolgreichen Ergebnis des Volksentscheides gegen eine Kreisgebietsreform erkennt der Landtag Brandenburg den Willen der Brandenburgerinnen und Brandenburger an und bindet sich an das Ergebnis der Volksgesetzgebung.

Begründung:

Auf der Grundlage des am 13. Juli 2016, mit der Stimmenmehrheit von SPD und Linkspartei im Landtag beschlossenen Leitbildes für die Neustrukturierung der Kreisebene wird ein Entwurf eines Gesetzes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze vorgelegt, der sich an den Leitbildkriterien orientieren soll, jedoch jeglichen Nachweis der Effizienz künftiger Verwaltungsstrukturen ebenso schuldig bleibt wie belastbare Kosten-Nutzen-Berechnungen oder den Vergleich mit alternativen Lösungsansätzen.

Das Land Brandenburg soll demnach ab dem Zeitpunkt der nächsten allgemeinen Kommunalwahlen im Juni 2019 nur noch aus elf Landkreisen und einer kreisfreien Stadt bestehen. Durch die Schaffung von insgesamt zwölf kreislichen Verwaltungen soll das im Leitbild vorgegebene Ziel der deutlichen Reduzierung der kreislichen Verwaltungen von bisher 18 (14 Landkreise und vier kreisfreie Städte) nach Auffassung der Landesregierung erreicht werden. Bemerkenswert ist, dass die Landesregierung unter dem Eindruck der kontroversen öffentlichen Diskussion zwischen dem 13. Juli 2016 und der Vorlage des Gesetzentwurfs am 12.06.2017 mehrfach „eingeknickt“ ist. Das verbleibende „Reförmchen“ bedeutet gleichzeitig den Fortbestand der Landkreise Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming. Dadurch werden unter Vorgabe der Unabweisbarkeit der Reform die Gegensätze zwischen den wirtschaftlich und finanziell starken Landkreisen in der Hauptstadtregion sowie den Landkreisen im sogenannten äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg in nicht zu verantwortender Art und Weise verschärft. Mit dem Gesetzentwurf in Aussicht gestellte finanzielle Zuweisungen des Landes können die Probleme der fusionierenden Kreise vielleicht temporär mildern, werden jedoch nicht zu einer soliden Grundlage für die wirtschaftlich und finanziell stabile Entwicklung dieser Landkreise beitragen. Brandenburg entwickelt sich gewissermaßen zu einem Zwei-Klassen-Land.

Schon in der Anerkennung des Willens von rund 130.000 Unterschriften zur Volksinitiative gegen eine Kreisneugliederung zeigte sich, dass oftmals versucht worden ist „Sand in das Getriebe“ der Volksgesetzgebung zu streuen. Sogar die Verfassungsmäßigkeit der Volksinitiative wurde angezweifelt.

Der renommierte Sozialdemokrat Heinz Buschkowski erklärte in einer Morgenkolumne in Radio 91,4 „...dass ein Ignorieren des Volkswillens unmöglich und arrogant ist.“ Gewählte Volksvertreter sollen und müssen in einer starken Demokratie den Willen des Volkes umsetzen und nicht selbst entscheiden, was angeblich gut für das Volk ist.

Offenbar ist der Wille des Volkes nur noch peripher, nämlich dann, wenn Wahlen anstehen.

Auch wenn mit dem nun vorgestellten Gesetzentwurf zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze ein Teil der Forderungen der vorangegangenen Volksinitiative erfüllt ist, steht zu befürchten, dass damit die Betroffenheit durch Kreisneugliederungen verkleinert werden soll, um eine Volksinitiative zum Scheitern zu bringen. In fast allen Kreistagen gab es auch von SPD und Linkspartei Ablehnungen einer Kreisneugliederung, teilweise selbst von Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung, die vorher dem Leitbild zugestimmt haben und in der vergangenen Landtagssitzung für die Ablehnung der Volksinitiative gegen die Kreisge-

bietsreform votierten.

Brandenburger Spitzenpolitiker und Minister stellen sich gegen den Willen des Volkes  
PNN 13.06.2017 - *"[...] Für Irritationen sorgte nach Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) nun auch SPD-Fraktionschef Mike Bischoff. Beide erklärten, ein erfolgreicher Volksentscheid gegen die Kreisreform habe keinen Einfluss auf den Gesetzesbeschluss des Landtags. Bischoff sagte, ein Volksentscheid habe keine bindende Wirkung für das Parlament. Tatsächlich ist er gleichwertig mit einem Entschließungsbeschluss."*

Somit ist ein Landtagsbeschluss zur Anerkennung des Willens des Volkes geboten.

Mit dem vorliegenden Beschlussantrag wird eine von der Enquete Kommission 5/2 empfohlene Funktionalreform/Verwaltungsreform nicht tangiert.